

24.12.2010 / Inland / Seite 4

## Junge Union auf Kaffeefahrt

**Expedition der CDU-Kaderreserve führte in die »Hauptstadt der brennenden Autos«. Linkspartei kritisiert tendenziöse Vetternwirtschaft von Familienministerin Schröder**

*Ulla Jelpke*

Lange hatte es gedauert, bis die Bundesregierung im Rahmen ihres Extremismusansatzes mit der unzulässigen Gleichsetzung von Neonazis, Islamisten und linken Antifaschisten förderwürdige Projekte gegen »Linksextremismus und Islamismus« gefunden hat. Inzwischen erhalten 22 Projekte Gelder aus der Initiative »Demokratie stärken« des Bundesfamilienministeriums, wie die Bundesregierung jetzt auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction antwortete. (BT-Drs. 17/4127)

Besonders bedacht mit dem Geldsegen werden offensichtlich unionsnahe Einrichtungen. So erhält die Konrad-Adenauer-Stiftung 182000 Euro für zwei Symposien. 29000 Euro gehen an die Junge Union (JU) für ihr Projekt »Wir fahren nach Berlin - gegen Linksextremismus«. Während die Junge Union Köln ihre Fahrt nach erheblichem Medienrummel wieder abgesagt hat, nutzten JU-Gruppen aus Bayern und Hessen im Dezember die Gelegenheit, auf Kosten des Steuerzahlers Ausflüge in die »Hauptstadt der brennenden Autos« zu unternehmen. Auf dem Programm standen der Besuch der Mauergedenkstätte sowie der Gedenkstätte Hohenschönhausen, offenbar, um sich mit dem »Linksextremismus der DDR« auseinanderzusetzen. Auf einen anfangs geplanten Besuch im alternativen Wohn- und Kulturprojekt Köpi hatte der Unionsnachwuchs verzichtet, nachdem Köpi-Bewohner erklärt hatten, die JU dürfe sich gern »wilde Autonome kurz vor der Fütterungszeit« anschauen. Zumindest den Ausflug ins Berliner Nachtleben mußten die jungen Unioner aus der eigenen Tasche zahlen - »Freizeitaktivitäten am Abend« seien nicht Gegenstand der Förderung, versprach die Regierung.

Mit fast 100000 Euro werden die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz entwickelten »Bildungscomics gegen Extremismus - Andi 1-3« gesponsert, die nun auch in einer bundesweit vertriebenen Ausgabe erscheinen sollen. Hier handelt es sich nach Meinung der Linksfraction im Bundestag um eine unzulässige Querfinanzierung geheimdienstlicher Propaganda aus dem Haushalt des Bundesfamilienministeriums.

Die bislang größte Einzelsumme aus dem Topf des besagten Ministeriums - nämlich 108370 Euro erhält die Alevitische Gemeinde in Deutschland e. V. für ein in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde in NRW e.V. durchgeführtes Präventionsprojekt gegen »islamisch-radikale und ultra-nationalistische Einstellungen bei jungen Menschen«. Da Aleviten eine eigene, von orthodoxen Muslimen als »Ungläubige« angefeindete Religionsgemeinschaft bilden, ist allerdings fraglich, wie hier muslimische Jugendliche erreicht werden sollen. Und die Türkische Gemeinde gilt als fünfte Kolonne türkischer Staatspolitik und ist damit wohl ein ungeeigneter Partner im Kampf gegen »Ultranationalismus«. Doch auch bei diesem Projekt scheinen Parteifreundschaften im Spiel zu sein, da sowohl der Vorsitzende als auch Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde der CDU angehören.

»Die Geldvergabe im Rahmen der Initiative »Demokratie stärken« offenbart eine tendenziöse Vetternwirtschaft von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder«, kritisiert die Linksfraction im Bundestag. »Anstatt der Jungen Union Kaffeefahrten nach Berlin zu bezahlen, sollten diese Gelder für den Kampf gegen den Neofaschismus genutzt werden.«